

AKTUELL

ENERGIEPREISE UND KLIMAPOLITIK

Gas - teuer, aber schlecht?

Raymond Klein

Die Energiepreise steigen - wie furchtbar! Die Ökos applaudieren - wie bescheuert! Solche simplistischen Interpretationen sind weit entfernt von der komplexen Realität.

Der Gaspreis steigt. Um 300 Prozent gegenüber Jahresbeginn, wie manche Medien berichten. Für Umweltbewusste ein Grund, noch schneller aus den fossilen Energien aussteigen zu wollen, für Skeptiker*innen ein Grund, die Energiewende in Frage zu stellen, die womöglich schuld am Preisanstieg ist. Vorherrschend ist allerdings die Sorge, über den Winter zu kommen, ohne sich zu ruinieren - immerhin heizt hierzulande über ein Drittel der Haushalte mit Erdgas. Und auch die Preise für andere Quellen von Heizenergie wie Öl und Strom steigen. In Luxemburg wie anderswo in Europa werden soziale Unterstützungsmaßnahmen ins Auge gefasst. Doch was hat der Preisanstieg eigentlich zu bedeuten?

Erdgas als relativ CO₂-armer aber immer noch fossiler Brennstoff wird in einer künftigen Net-Zero-Energiewirtschaft nur noch eine marginale Rolle spielen. Dass es jetzt teurer wird, kann man als Preissignal verstehen, das einen Ausstieg aus der Gaswirtschaft beschleunigt. Vor Kurzem hat die Regierung angekündigt, bei Neubauten keine Gasanschlüsse mehr zu planen - wer weitgehend ohne Heizung auskommt, muss sich weniger um die Energiepreise sorgen. Auch die umstrittene Stilllegung der Twinerg-Gasturbine in Belval (woxx 1358) mag angesichts des Preisanstiegs gerechtfertigt erscheinen. Und schließlich trägt das europäische Emissionshandelssystem zur Verteuerung fossiler Energieträger bei - ein Effekt, den die Klimapolitik über 15 Jahre herbeigeseht hat.

Gute Nachrichten also? Nicht wirklich. Weltweit müssen Regierungen mit Protestbewegungen wie den „Gilets jaunes“ rechnen, in denen soziale Not, populistische Parolen und Systemkritik zusammenfinden. Solche Aufstände gegen das vermeintliche „Diktat des grünen Kapitalismus“ würden ehrgeizige Klimaziele dauerhaft gefährden.

Da beruhigt es doch, dass es sich bei den derzeit kursierenden Zahlen zu Preissteigerungen eher um Clickbait als um korrekte Informationen handelt. Der drastische Anstieg an den Energie-Spotmärkten schlägt sich nämlich nur zu einem geringen Teil bei den Endverbraucher*innen nieder; langfristige Verträge, der hohe Anteil an Fixkosten und staatliche Eingriffe wirken als Bremse.

Schulduweisungen

Die oft beschworene Rolle von Russland bei der Preisentwicklung ist ambivalent. Einerseits rufen die hohen Gaspreise, ob politisch gesteuert oder technisch bedingt, die potenziell verheerende Abhängigkeit Europas in Erinnerung. Andererseits, wenn es zu einer Einigung zwischen Brüssel und Moskau über die Inbetriebnahme der umstrittenen Nord-Stream-2-Pipeline kommt, dürften auch die Preise wieder fallen. Und schließlich ist besagte Abhängigkeit zeitlich begrenzt, insofern die Erdgasnutzung nur als Brückenlösung beim Ausstieg aus Kohle und Öl gilt.



Erstaunlich ist, dass so verschiedene Akteure wie Wladimir Putin und der „Economist“ die aktuellen Preissteigerungen auf die Energiewende zurückführen wollen. Das Wirtschaftsblatt beklagt vor allem unzureichende Investitionen in Gasinfrastrukturen aufgrund der klimapolitischen Unsicherheiten.

Der bemerkenswerteste Widerspruch hierzu kommt ebenfalls aus der Wirtschaftswelt, von der Internationalen Energieagentur (IEA) im Rahmen ihres „Outlook“-Berichts (Details dazu demnächst auf woxx.lu). Die Agentur führt, wie viele Expert*innen, den Preisanstieg vor allem auf den brusken Post-Covid-Aufschwung zurück - es gebe „keine Verbindung zur energetischen Transition“. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte widmet sich die IEA prioritär einem 1,5-Grad-Szenario und stellt fest, dass hierfür große zusätzliche Anstrengungen notwendig sind - ein Szenario, in dem der Ausbau von Gasinfrastrukturen keinen Platz haben dürfte.

SHORT NEWS

Méco zur Lage: Genug geredet!

(lm) - Dass „die Klimakrise einen verstärkten Eingang in die politische Rhetorik gefunden hat“, begrüßt der Mouvement écologique. In einer am Donnerstag vorgestellten Stellungnahme zur Rede zur Lage der Nation heißt es weiter: „Aber: die Zeiten der Rhetorik sind definitiv vorbei.“ Die NGO sieht großen Nachholbedarf für die verbleibende Amtszeit der Regierung, im Sinne von „Handeln statt schöner Worte“. Wie schon seit vielen Jahren fordert der Mouvement, das „Wachstumsdogma“ zu hinterfragen, und bringt dabei den politisch und wissenschaftlich zweifelhaften Zusammenhang zwischen demografischem Wachstum und Umweltbelastung ins Spiel. Als fortschrittlich positioniert sich die NGO, wenn sie neben der ökologischen auch die Wichtigkeit der gesellschaftlichen Transition hervorhebt. Kritisch sieht sie die bereits in der woxx hinterfragte Rolle des „Klima-Biergerrot“, dafür vermeidet sie es aber, beim Stichwort Demokratie das Thema Verfassungsreferendum anzusprechen. Die vielleicht wichtigsten Impulse der Stellungnahme betreffen die (abgesagte) „nachhaltige Steuerreform“: Eine höhere Belastung für den Umweltverbrauch und den Faktor Kapital sei unabdingbar. Das Mindeste sei, dass die Regierung hierfür „Analysen anfertigt und im Vorfeld der Wahlen veröffentlicht sowie zur Diskussion stellt“. Auch die vom Mouvement begrüßte Einführung der CO₂-Steuer müsse durch eine jetzt angekündigte, progressive Erhöhung über 2023 hinaus ergänzt werden.

Des cadeaux souillés pour Asselborn

(rg) - Il y a une semaine que le Luxembourg a été élu au Conseil des droits de l'homme des Nations unies. L'Initiative pour un devoir de vigilance, avec defenders.lu et les Amis de la Déclaration des droits des paysans, a réalisé à cette occasion ce jeudi une « marche des étoiles » depuis les sièges de cinq entreprises établies à Luxembourg et impliquées dans des violations des droits humains partout dans le monde. Les membres et sympathisant-e-s des organisateurs ont tenté de remettre à chaque entreprise un objet symbolisant les violations des droits humains engendrées par ses activités. Avec le slogan « Pour une loi nationale selon les Principes directeurs des Nations unies relatifs aux entreprises et aux droits humains », l'ensemble des manifestant-e-s s'est ensuite retrouvé devant le ministère des Affaires étrangères et européennes pour rappeler la nécessité d'une législation contraignante sur le devoir de vigilance. Des objets similaires à ceux donnés aux entreprises ont été offerts au ministre Jean Asselborn pour rappeler son obligation de protéger les droits humains en tant que membre fraîchement élu du Conseil des droits de l'homme. « Si la protection et la défense des droits humains constituent véritablement une priorité pour le gouvernement luxembourgeois, celui-ci devrait montrer l'exemple sans tarder en adoptant une législation nationale garantissant une protection contre les atteintes aux droits humains dans le cadre des activités économiques », ont déclaré les responsables de l'Initiative. Plus d'infos : woxx.eu/droitsvigilance

Illegale Zebrastreifen in Luxemburg-Stadt

(ja) - Rund ein Drittel der Zebrastreifen in Luxemburg-Stadt sind nicht mit der Straßenverkehrsordnung kompatibel. Das ergab eine Untersuchung des „Zentrum für urban Gerechtigkeet“ (ZUG). Laut Code de la Route dürften Parkplätze nur in einem Mindestabstand von fünf Metern zu Fußgänger*innen- oder Radüberwegen angelegt werden. Zwischen Juni und August 2021 haben Freiwillige des ZUG mittels einer App Luftbilder sämtlicher Zebrastreifen in Luxemburg-Stadt ausgewertet. Alle Ergebnisse wurden laut ZUG von mindestens fünf Menschen überprüft, um eine gute Datenqualität zu erhalten. Insgesamt sind 475 Zebrastreifen näher als fünf Meter an Stellplätzen, bei 162 ist die Lage unklar. Das ZUG fordert in seiner Pressemitteilung die Stadt Luxemburg auf, die entsprechenden Stellplätze zu entfernen und durch Markierungen auf die Zebrastreifen hinzuweisen. 2015 hatte es bereits ein Audit des „Büro für Stadt- und Verkehrsplanung“ gegeben, in dem die Sicherheit von Fußgänger*innenüberwegen in Luxemburg-Stadt kritisiert worden war. Die Daten der ZUG-Untersuchung, die als „citizen science“-Projekt von Freiwilligen durchgeführt worden ist, sind auf zug.lu/safe-crossing/ frei verfügbar.